

Beitrag auf der Auftaktveranstaltung der Unabhängigen Listen 24. Januar 2019

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, liebe Anwesende,

wir stehen vor einem **Jahr mit vielen Weichenstellungen** für Freiburg. In genau einem Monat der Bürgerentscheid über **Dietenbach**, dann in weiteren drei Monaten die **Kommunalwahl**. Niemand mag vorhersagen, wie Freiburg danach aussehen wird. Sicher ist, dass die **AfD** für den Gemeinderat kandidiert, sicher ist das sich im konservativen Spektrum mit der Liste **Bürger für Freiburg** eine weitere Gruppierung formiert. Umso wichtiger angesichts der Gefahr einer Rechtsentwicklung, dass die **3 Listen der UL gestärkt** aus der Kommunalwahl hervorgehen, um eine **Politik der solidarischen Stadt, der Stadt für alle, der offenen inklusiven Stadtgemeinschaft noch besser vertreten und umsetzen zu können**.

Im **vergangenen Jahr war sicher die Abwahl von Dieter Salomon und die Wahl von ihnen Herr Oberbürgermeister Horn eine einschneidende Veränderung** in Freiburgs Kommunalpolitik. Mit diesem Wahlausgang kam **Bewegung in erstarrte eingefahrene Bahnen**.

Mit dem vorläufigen Mietenstopp bei der Stadtbau wurde auch deutlich, dass es um mehr geht als Ankündigungen. Doch der angekündigte **Umbau der Stadtbau** steht noch aus. Wie wird es in Zukunft mit den Mieterhöhungen aussehen? Wird die Stadtbau weiter auf den raren städtischen Grundstücken teure Eigentumswohnungen bauen? Werden mehr Altbauten als bisher instandgesetzt und saniert? Öffnet sich die Stadtbau auch konzeptionell für neue Wohnformen?

Wir wollen eine Stadtbau, die sich ausschließlich kümmert um gute preiswerte Wohnungen für die Menschen in unserer Stadt mit kleinem und mittlerem Einkommen. Dabei sind uns die Menschen wichtig, die hier bereits seit langem wohnen und deren Mieten immer teurer und teurer werden. Diese Entwicklung muss gestoppt werden.

Ein weiteres, die Bodenpolitik: Wie geht die Stadt in Zukunft um mit ihren Grundstücken? Betreibt sie eine aktive Liegenschaftspolitik oder verkauft sie Grundstücke um den Haushalt zu finanzieren. Bleibt das Amt für Liegenschaften beim Kämmerer oder kommt es, wie angekündigt, in das Dezernat des Oberbürgermeisters oder des Baubürgermeisters? Unsere Position ist völlig klar: wir wollen keinen weiteren Ausverkauf städtische Grundstücke, damit nehmen wir uns Gestaltungsmöglichkeiten für die Zukunft.

Schien es unter Dieter Salomon ausgemachte Sache, dass das Rotteckhaus unter Rentabilitätsgesichtspunkten vermietet wird, so gibt es jetzt unter dem neuen OB eine realistische Möglichkeit, dort an zentraler Stelle in der Innenstadt das seit vielen Jahren in Freiburg geforderte und nie realisierte NS-Dokumentationszentrum einzurichten. Wir möchten, dass das NS Dokumentationszentrum zu einem Ort der politischen Aufklärung über die faschistische Vergangenheit, aber auch über die aktuelle Bedrohung der Demokratie wird und das möglichst bald. Das Thema der „Arisierung“, also des groß angelegten Raubzuges am Vermögen der jüdischen Bürger*innen, ist noch weitgehend verdrängt. Bezeichnend, dass ein Artikel von Bernd Serger zur Geschichte des Bettenhauses Striebel aus Rücksichtnahme auf die jetzigen Eigentümer nach einem Tag vom BZ Chefredakteur Fricker aus dem Netz genommen wurde.

Wie geht Freiburg in Zukunft mit der **Flüchtlingsfrage** um? Die Stadt hat sich mit der Übernahme einer Landeserstaufnahmeeinrichtung von der Verteilung neu angekommene Flüchtlinge freigekauft. Unser Antrag, gleichwohl freiwillig weiterhin Flüchtlinge aufzunehmen, scheiterte an den

Gegenstimmen auch von SPD und Grünen. Dies hat ganz praktische Auswirkungen: wenn jetzt Flüchtlinge Deutschland erreichen, kommen sie definitiv nicht nach Freiburg. Die hier angesichts der vielen Helfer gut mögliche Integrationsarbeit kann nur in der LEA geleistet werden, wo die Menschen maximal sechs Monate sich aufhalten. Unserer Meinung nach für Freiburg ein untragbarer Zustand.

Auch bei den Maßnahmen **zur Verbesserung der Sicherheitslage** oder besser gesagt des Sicherheitsgefühls der Menschen läuft eine ungute Entwicklung. Es ist zu befürchten, dass der neu eingerichtete kommunale Polizeidienst aufgestockt wird, dass seine Befugnisse erweitert werden, möglicherweise auch, dass er bewaffnet wird. Das Urteil des Verwaltungsgerichts will uns dazu zwingen, nachts den Augustinerplatz ruhig zu stellen. Die **Sicherheitspartnerschaft** mit dem Land führt zu mehr Überwachung und Kontrolle, aber bringt dies auch mehr tatsächliche Sicherheit?

Noch ein Wort zu Dietenbach, in diesen Tagen ja unausweichlich. Ich hoffe sehr, dass wir den Bürgerentscheid gewinnen. Ich war Mitglied im Preisgericht Dietenbach und bin es in der gemeinderätlichen Arbeitsgruppe. Ich habe daran mitgearbeitet, wie wir Stück für Stück weitergekommen sind in unserem Bemühen, einen sozial gut durchmischten Stadtteil, behindertengerecht und klimaneutral zu bauen. Der Siegerentwurf von K9 gibt uns diese Möglichkeiten. Wir sind auch weitergekommen in der Frage, wer dort baut und für wen dort gebaut wird. Aber gerade an diesem letzten Punkt, bei der Frage der **Grundstücksvergabe, der Auflagen und damit auch der Durchsetzung der 50 % Sozialquote gibt es Zweifel.**

Diese Zweifel kann ich verstehen, weil doch klar ist, dass bei der Entwicklung eines neuen Stadtteils für 15.000 Menschen auch ein langer Atem notwendig ist, um dieses Ziel auch Stück für Stück umzusetzen. Hans Henning Kiefer hat in einem Facebook Post Gregor Mohlberg geantwortet, »über die 50 % entscheidet die Wirklichkeit, keine politisch stabile Mehrheit. Das ist das Dilemma.“ Ich habe geantwortet, das stimmt, aber diese Wirklichkeit müssen wir eben mitgestalten. Auf was wollen wir warten, wann wollen wir neuen preiswerten Wohnraum schaffen, was glauben die Skeptiker wann die politische Wirklichkeit so modelliert ist, dass es ein leichtes wäre, renditeorientierte Investoren zu zwingen auf Rendite oder einen Teil der Rendite zu verzichten. Diese Situation wird nie kommen.

In einem weiteren Post wundert sich Mechthild Blum, dass manche Linke in ihrer Argumentation für Dietenbach die **Grundprinzipien des Kapitalismus** ausblenden. Aber die Tatsache, dass im Kapitalismus Grund und Boden wie alles eine Ware ist darf uns doch niemals daran hindern, für **mehr kommunales und genossenschaftliche Eigentum** zu kämpfen und gemeinwohlorientierte Prinzipien wie die 50% Quote durchzusetzen. Das **Mietshäuser Syndikat** ist dafür ein gutes Beispiel. Gemeinwohlorientiertes Bauen im Kapitalismus. Aber auch das Syndikat oder Ökogeno brauchen wie auf Gutleutmatten die Möglichkeit, sich um Grundstücke zu bewerben, um neue Modelle des Zusammenlebens zu entwickeln. Der große **Vorteil von Bauen auf Dietenbach** ist, dass wir als Stadt die Regeln bestimmen, über die Bauleitplanung was und wie gebaut wird und über die Vereinbarungen mit der Sparkasse, zu welchen Bedingungen die Parzellen ausgeschrieben und verkauft werden. Das können wir nicht bei den meisten Projekten der **Nachverdichtung** und schon gar nicht bei **Bauen in der Regio**, wie manche Leserbriefschreiber als Alternative fordern.

Verlieren wir unsere Skepsis und unsere Zweifel nicht, setzen wir sie aber um in eine **aktive Gestaltung der politischen Wirklichkeit.**

Michael Moos